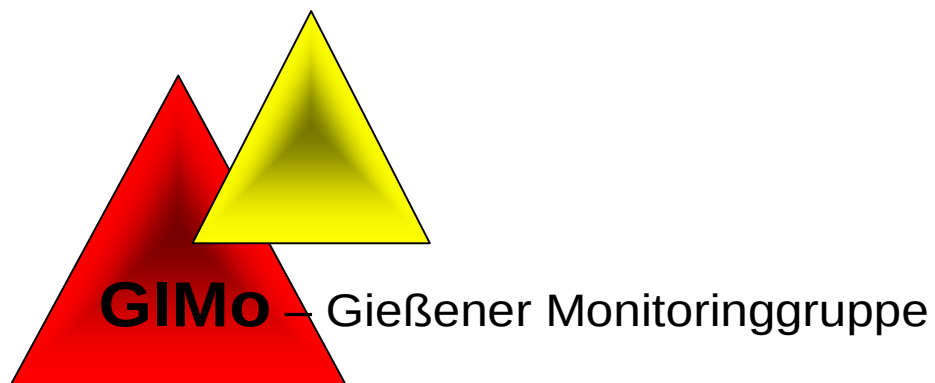




Felix Diehl, Nina Karfurke, Marc Kühn, Felix Münch, Alexandra Tschesche

Tschetschenien

Schritte aus der Gewaltspirale

Editorial

Dieses Dossier zum Konflikt in Tschetschenien entstand im Rahmen eines studentischen Monitoring-Projekts am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, unter der Leitung von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach.

Das Monitoring-Projekt wurde initiiert von der Kooperation für den Frieden. Die Intentionen dieses Projekts liegen in der zivilen Konfliktbearbeitung sowie in der Gewalt- und Kriegsprävention. Mit Hilfe der Veröffentlichung von Dossiers soll der Öffentlichkeit ein ziviler Umgang mit Konflikten nahe gebracht werden. Die Kooperation für den Frieden hat unter Federführung von Prof. Dr. Andreas Buro derzeit vier Dossiers veröffentlicht: Dossier I – Der Iran-Konflikt, Dossier II – Der Türkisch-Kurdische Konflikt, Dossier III - Der Israel-Palästina-Konflikt und Dossier IV – Der Afghanistan-Konflikt. (<http://www.koop-frieden.de>)

Die Giessener Monitoringgruppe (GIMo) nahm die Leitgedanken des Monitoring-Projekts auf und verfasste fünf weitere Dossiers zu den Konflikten: Migration von Afrika in die EU, Tibet-China, Darfur, Die Kurdenfrage(n) in allen vier Siedlungsstaaten und Tschetschenien. (<http://www.uni-giessen.de/cms/gim>)

Das vorliegende Dossier soll über den Konflikt in Tschetschenien sowie über dessen Gewaltträchtigkeit informieren und anhand praktischer Handlungsoptionen Möglichkeiten für eine zivile Lösung aufzeigen. Übergeordnet wollen die Autor_innen damit einen Beitrag zu einer internationalen Kultur der zivilen Konfliktbearbeitung leisten.

Inhalt

Einleitung

1. Konfliktanalyse	5
1.1 Historische Hintergründe	5
1.2 Tschetschenien in der Gegenwart	9
1.3 Akteure	10
1.4 Konfliktpotentiale	15
1.5 UN, EU, Europarat und OSZE	21
1.6 Haltung und Engagement Deutschlands	26
1.7 Aktuelle Entwicklungen	28
2. Exemplarische Lösungsansätze	28
2.1 Gewalt beenden	29
2.2 Lebensgrundlage der Bevölkerung sichern	29
2.3 Demokratische Strukturen aufbauen - Beitritt zum IGHSt	30
2.4 Russische Souveränität respektieren- Transparenz fordern	31
2.5 Gesamtstrategie für den Nordkaukasus entwickeln	32
2.6 Feindbilder abbauen	32
2.7 Zivilgesellschaftliches Engagement	32
Fazit	34
Literatur	36

Kontakt:

Giessener.Monitoringgruppe@sowi.uni-giessen.de

HP: <http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/gim/>

Projektkoordination und Redaktion:
Markus Schupp

Gießen/September 2008

Einleitung

Im 18. Jahrhundert wurde am Nordrand des Kaukasus die Stadt Wladikawkas als Stützpunkt für die russische Ausbreitung in den Süden erbaut. Wladikawkas bedeutet auf Deutsch „Beherrsche den Kaukasus“ und steht symbolisch für den russischen Expansionsdrang in diese Region. Seit dieser Zeit stießen die russischen Eroberer auf starken Widerstand der dort lebenden ethnisch gemischten Bevölkerung, vor allem in dem noch heute zu Russland gehörenden Nordkaukasus.

Tschetschenien, ein Gebiet, etwa so groß wie Schleswig-Holstein, ist seit der Mitte des 19. Jahrhunderts unter russischer Kontrolle und leistete stets zähen Widerstand gegen die russische Okkupation. Zahlreiche Aufstände der sich überwiegend zum sunnitischen Islam bekennenden Tschetschenen wurden niedergeschlagen. Dies zog große Migrationswellen der Bevölkerung in die Türkei und den Vorderen Orient nach sich. Im Gegenzug siedelte Russland Kosaken und Armenier in der Region an, um damit die schon vorher sehr uneinheitliche Bevölkerung weiter zu durchmischen.

Die Nichtübereinstimmung der ethnischen Struktur der Region und ihrer politischen Aufteilung ist charakteristisch für den gesamten Kaukasus. Die traditionellen Rechts- und Sozialbeziehungen wur-

den vor allem seit Beginn der Sowjetzeit durch willkürliche Grenzziehungen, der künstlichen Schaffung von Nationen und durch Zwangsumsiedlungen stark verändert.

Der Konflikt der russischen Zentralregierung mit Tschetschenien zeigt, dass die staatliche Einheit Russlands keineswegs gefestigt ist. Wie in den südkaukasischen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan wollten auch die Tschetschenen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die nationale Eigenständigkeit durchsetzen, was jedoch von Moskau vereitelt wurde. Nach offiziellen Schätzungen kamen in den beiden Tschetschenienkriegen 100.000 Zivilisten und

10.000 russische Soldaten ums Leben, die Dunkelziffer liegt allerdings weit darüber.¹ Die Quellenlage zu Opferzahlen und sonstigen Fakten ist äußerst schwierig, da die russische Führung nach dem ersten Tschetschenienkrieg keine internationalen Beobachter mehr zuließ und eine Informationssperre verhängte. Auf dem Territorium Tschetscheniens kommt es seit 1994 immer wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen, deren Ende auch heute noch nicht absehbar ist.

Bei dem Tschetschenienkonflikt handelt es sich nicht mehr nur um einen Unabhängigkeitskrieg bzw. den Versuch Moskaus, der Instabilität der Russischen Föderation entgegenzuwirken. Es gibt viele weitere Faktoren, welche den Interessen und Zielen der Konfliktparteien zugrunde liegen. Ein Beispiel hierfür sind energiepolitische Interessen. Tschetschenien verfügt über Erdölreserven und die Region ist eine wichtige Transitstrecke für kaspisches Öl und Gas aus dem Nordkaukasus. Einen weiteren Faktor stellt der „internationale Kampf gegen den Terror“ dar. Der Tschetschenienkonflikt hat nach dem 11. September 2001 an internationaler Brisanz gewonnen. Der da-

Übersicht Republik Tschetschenien	
Fläche	15.700km ²
Einwohner	1.141.362 (Stand 2002 diese Zahl ist umstritten)
Amtssprachen	Tschetschenisch, Russisch
Religion	Sunnitischer Islam
Hautstadt	Grosny
Präsident	Ramsan Kadyrov
Premierminister	Odes Baisultanov
Wirtschaft	Obst- und Weinanbau; Anbau von Getreide, Gemüse, Zuckerrüben; Rinder-, Schaf- und Geflügelzucht; Ölraffinerien
Arbeitslosigkeit	70-80%
Bodenschätze	Erdöl und Erdgas
Geografie	Am Großen Kaukasus gelegen mit Erhebungen über 5.000 Meter; längster Fluss ist der Terek

¹ de Waal 2003, S. 16.

malige Präsident Putin erklärte das russische Vorgehen in Tschetschenien als Teil des internationalen Krieges gegen den Terror. Tatsächlich werden die sunnitischen Tschetschenen teilweise von islamisch geprägten Staaten und islamistischen Gruppen wie Al Kaida im Kampf gegen die „westliche Welt“ unterstützt.²

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion herrscht in der autonomen Republik Tschetschenien eine gewaltsame Auseinandersetzung. Was als reiner Sezessionskonflikt begann, hat sich im Laufe der Jahre zu einer unüberschaubaren Spirale der Gewalt mit einer Vielzahl von Akteuren entwickelt. Unter den Augen der Weltöffentlichkeit spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab, in deren Verlauf Menschen verschwinden, gefoltert und ermordet werden. Nicht ohne Grund wird der Konflikt in Tschetschenien als „vergessener Krieg“ bezeichnet, der weitab einer breiten Öffentlichkeit stattfindet. Seitdem Russland den Tschetschenienkonflikt zu einer inneren Angelegenheit erklärt und die Region abgeriegelt hat, dringen kaum mehr objektive Informationen über die dortige Situation nach außen. Die internationale Gemeinschaft, aber auch nationalstaatliche Regierungen, halten sich mit offizieller Kritik an der russischen Politik gegen-

über Tschetschenien sehr zurück, um die Beziehungen zu Moskau nicht zu gefährden.

Der Konflikt in Tschetschenien wurde der russischen Regierung zufolge längst beendet. Tatsächlich herrscht in Tschetschenien noch immer Gewalt vor und eine erneute Eskalation droht.

Dieses Dossier soll dazu beitragen, die deutsche und die europäische Öffentlichkeit zu informieren und zivile Möglichkeiten der Bearbeitung des Tschetschenien-Konflikts aufzeigen. Eine solche zivile Bearbeitung zielt auf eine langfristige Befriedung der Region einschließlich einer friedlichen Koexistenz aller beteiligten Parteien ab. Im Dossier werden zunächst vergangene und gegenwärtige Konfliktkonstellationen analysiert und darauf basierend schließlich exemplarisch zivile Lösungsvorschläge dargelegt.

² Trenin / Malaschenko 2004.

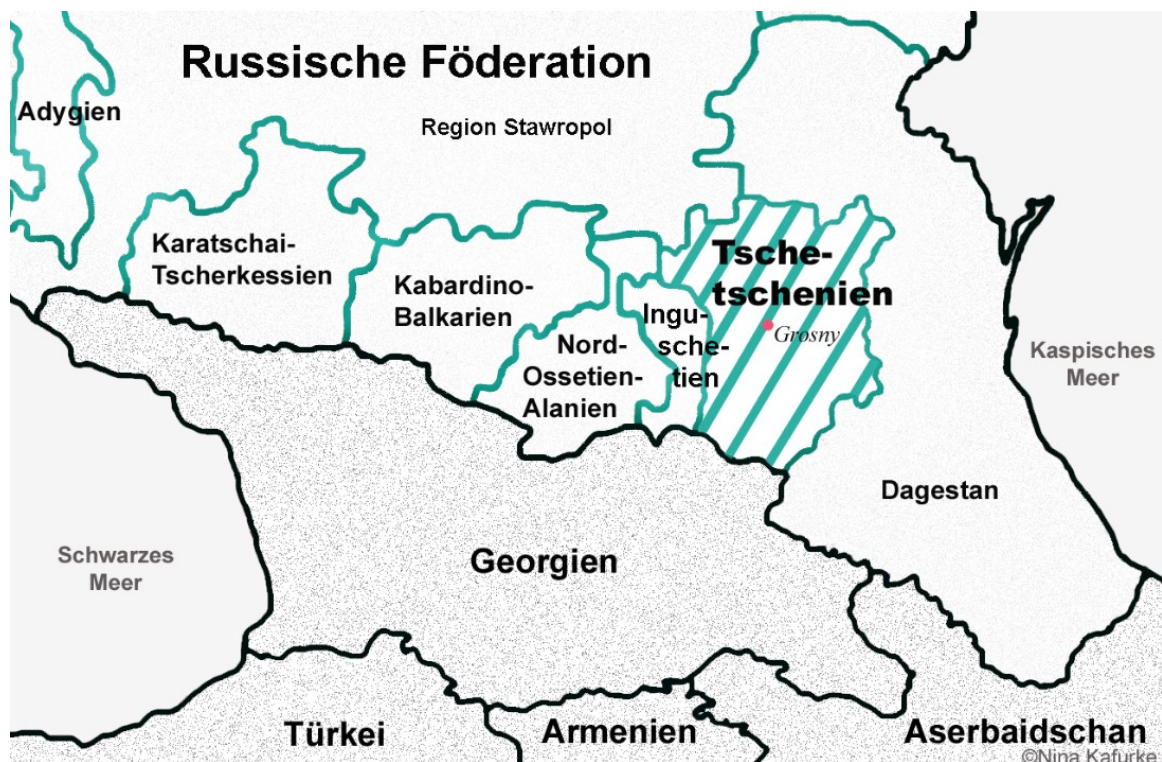


Abbildung 1: Zeichnung Nina Karfurke

1. Konfliktanalyse

1.1 Historische Hintergründe

Vom Mittelalter bis zur Sowjetherrschaft

Von der Mitte des 16. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts versuchte das Zarenreich durch wirtschaftliche und politische Mittel Einfluss auf den Kaukasus und somit auf Tschetschenien zu nehmen. Dieser weitestgehend friedlichen Phase des Zusammenlebens folgte der Versuch einer gewaltsamen Kolonialisierung des Nordkaukasus durch das Zarenreich. Die russische Expansionspolitik

gipfelte in einer Serie von Kaukasuskriegen, welche erst 1864 endeten. Im Verlauf dieser Kriege leisteten die kaukasischen Stämme erbitterten Widerstand. In Folge dessen bemühte sich Russland sein neu gewonnenes Territorium dauerhaft zu kontrollieren. Die Maßnahmen hierzu waren unterschiedlichster Natur. Zum einen versuchte Russland durch die Ansiedlung russischer Kolonialisten die kaukasische Bevölkerung zu verdrängen. Zum anderen wurden so genannte „Strafexpeditionen“ durchgeführt, in deren Folge viele Nordkaukasier in die Gebiete des ehemaligen Osmanenreichs flohen. Die von den Russen gewünschte

nachhaltige Befriedung des Kaukasus wurde jedoch nicht erreicht.

Nach dem Ende der russischen Revolution 1917 kam es zu diversen kurzlebigen Staatenbildungen auf autonomer Grundlage. So entstand 1936 die Tschetscheno-Inguschetische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (TIASSR), welche aus einem Zusammenschluss des seit 1932 autonomen Gebiets Tschetschenien und der Region Inguschetien resultierte. Unterdessen griffen die Sowjetbehörden ab Ende der 1920er Jahre immer massiver in die Lebensverhältnisse der kaukasischen Völker ein, um die sowjetischen Vorstellungen von Modernisierung und Gleichschaltung durchzusetzen. Hierbei wurden unter anderem lokale Bildungs- und Rechtsinstitutionen sowie Verwaltungsorgane beseitigt. Als Antwort auf diese gewaltsamen Eingriffe folgte von 1928 bis 1931 eine Serie von Aufständen, welche von den sowjetischen Behörden als kaukasisches „Banditentum“ bezeichnet wurden.³ In dieser Zeit entstand das in weiten Teilen der russischen Bevölkerung bis heute verbreitete Vorurteil, bei den Tschetschenen handele es sich um „räuberische Barbaren“.

Ab Februar 1944 wurden 400.000 Tschetschenen unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den Nationalsozialisten nach Zentralasien deportiert. Während

der Deportationen sowie infolge unmenschlicher Bedingungen bei zahlreichen Zwangsumsiedlungen starben Tausende von Tschetschenen. Nur ein Bruchteil der Deportierten kehrte zurück. Die wenigen Heimkehrer sahen sich einem mittlerweile völlig neu gegliederten Staats- und Verwaltungswesen ausgesetzt, was zu immensen Wiedereingliederungsproblemen führte.⁴

Die sowjetische Führung rehabilitierte 1957 offiziell die Tschetschenen und erlaubte ihnen die Rückkehr in ihre angestammten Siedlungsgebiete. Dies gestaltete sich jedoch problematisch, da die Sowjets in Abwesenheit der Tschetschenen andere Völker, wie z.B. Osseten, in Tschetschenien angesiedelt und Teile der TIASSR an benachbarte Republiken abgetreten hatten. Eine vollständige territoriale Rehabilitierung der Tschetschenen blieb bis in die Gegenwart aus. Im Zuge der Entstalinisierung der Sowjetunion wurde die bis dahin verbotene Ausübung des Islam nur rudimentär wieder zugelassen. Während der Zeit des Verbots gewannen islamische Untergrundorganisationen an Stärke.

³ Bundeszentrale f. politische Bildung 2003, S. 5.

⁴ Nolte 2003, S. 407.

Sprache und Kultur der Tschetschenen

Die Tschetschenen sind eines der ältesten Völker in der Kaukasusregion. Vom benachbarten Georgien beeinflusst, breitete sich zunächst zwischen dem 10. und dem 13. Jahrhundert das Christentum in Tschetschenien aus. Im weiteren Verlauf des Mittelalters wird der christliche Glaube im Kaukasus durch den sunnitischen Islam verdrängt, der sich seit dem 16. Jahrhundert auf dem Gebiet Tschetscheniens ausbreitete und heute, bis auf wenige Ausnahmen, die Religion der Einwohner Tschetscheniens darstellt. Bis heute prägen archaische Muster wie Gastrecht oder Blutrache die Gesellschaft. „In ihrer Gesamtheit ist die Rechtskultur der Tschetschenen stark von den Normen des Adat, des Stammes-Gewohnheitsrechts, bestimmt.“ (Wagensohn 2000) Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich diese traditionelle Rechtsvorstellung wieder verstärkt. Auffällig ist zudem, dass für die tschetschenische Bevölkerung primär lokale bzw. regionale Gemeinschaften und Institutionen, wie Dorf, Sippe oder religiöse Einrichtungen von Belang sind. Ein spezielles Problem stellt die Rolle der Frau in Tschetschenien dar. Viele Frauen sind Opfer von Gewalt und Unterdrückung. Generell werden Frauen in der tschetschenischen Gesellschaft diskriminiert. Sie dürfen gegenüber Fremden keine Gefühle zeigen und werden oftmals von dem eigenen Mann nicht als gleichwertiges Subjekt behandelt. Die Identifikation mit der eigenen Nation findet, wie bei vielen weiteren nordkaukasischen Völkern, nur in äußerst geringem Maße statt. Wie die Inguschen gehören auch die Tschetschenen zur sprachlichen und ethnischen Gruppe der Wajnachenen. Das Tschetschenische, das der kaukasischen Sprachfamilie zugehörig ist und dort zur so genannten „nachschen“ Gruppe gezählt wird, wurde erst Anfang des 20. Jahrhunderts als Schriftsprache kodifiziert.

Erster und Zweiter

Tschetschenienkrieg

In den Wirren der Auflösung der Sowjetunion verstand es die Zentralgewalt in Moskau nicht, die aufkommenden nationalistischen Bewegungen an der kaukasischen Peripherie zu kanalisieren. Gleichfalls gelang es ihr nicht, die verschiedensten historischen, politischen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Zusammenhänge richtig zu analysieren und einzuordnen.

Am 1. November 1991 verkündete der ehemalige sowjetische General Dschohar Dudajew, ein Exil-Tschetschene, der vier Tage zuvor vom Nationalkongress zum Präsidenten Tschetscheniens gewählt worden war, die Unabhängigkeit der Republik Tschetschenien.⁵ Die russische Föderation setzte zunächst auf eine diplomatische Rückgewinnung und sah von einer militärischen Intervention ab. Es folgte ein dreijähriger Schwebezustand im Verhältnis Tschetscheniens zur Russischen Föderation.⁶ In diesen drei Jahren versuchte Moskau mit wechselnden Konzepten erfolglos Tschetschenien zu einer Rückkehr in die Föderation zu bewegen. Unterdessen herrschten auch innerhalb der lokalen tschetschenischen Führung Machtkämpfe vor.

Zu ersten Kampfhandlungen kam es im Dezember 1994. Nachdem zuvor Ver-

⁵ Wagensohn 2000, S.19.

⁶ Bundeszentrale f. politische Bildung 2003, S. 8.

handlungen über eine freiwillige Entwaffnung von Dudajews Truppen gescheitert waren, bewegten sich ab dem 11. Dezember 1994 40.000 russische Soldaten auf Grosny zu. Die Kampfhandlungen innerhalb der Stadt zwangen etwa 400.000 Menschen zur Flucht aus Grosny. Es gelang der russischen Armee nicht trotz ihrer Überlegenheit die Kampfhandlungen rasch für sich zu entscheiden. Im Verlauf dieses ersten Tschetschenienkrieges, bei dem mehrere tausend Menschen ihr Leben verloren, kam es zu gewaltigen Flüchtlingsströmen in die Nachbarrepublik Dagestan.

Nachdem mehrere Waffenstillstände gebrochen wurden und tschetschenische Kämpfer die Hauptstadt Grosny überraschend zurückgewinnen konnten, wurde am 12. Mai 1997 das Kriegsende per Friedensvertrag vereinbart. Die Frage nach dem zukünftigen politischen Status – Autonomie innerhalb der Russischen Föderation oder staatliche Unabhängigkeit – blieb innerhalb des Friedensvertrags jedoch offen und sollte erst im Jahre 2001 geklärt werden, was jedoch nicht geschah. Die kriegsfreie Periode hielt lediglich bis zum Oktober 1999, als der zweite Tschetschenienkrieg ausbrach.

Die zweite Militärkampagne der russischen Armee, deren Beginn mit dem Aufstieg Wladimir Putins an die Spitze der russischen Führung zusammenfiel,

wurde offiziell als Kampf gegen lokale Terroristen und deren ausländische Komplizen sowie gegen das organisierte Verbrechen deklariert. Auslöser für die erneute militärische Intervention der russischen Armee in Tschetschenien war eine Reihe von Bombenattentaten. Innerhalb Moskaus kamen hierbei über 200 Menschen ums Leben. Die russischen Streitkräfte riegelten zunächst die Grenzen zu Tschetschenien ab und begannen dann mit Luftangriffen auf die Hauptstadt Grosny. Nach Ende der massiven Kriegsphase, in der die zivile Infrastruktur Grosnys vollkommen zerstört wurde, geriet die schutzlose Zivilbevölkerung zwischen die Fronten der Kämpfer. Auf der einen Seite standen russische Truppen, die Häuser durchkämmten, junge Männer aufgriffen und verschwinden ließen. Auf der anderen Seite war sie tschetschenischen Untergrundkämpfern ausgeliefert, die zunehmend zu einem Terrorismus übergingen, der auch die eigenen Landsleute nicht schonte.⁷ In Anbetracht dessen, dass sich sowohl Streitkräfte als auch Polizeikräfte selbst immer wieder in zügellose Gewalt und Gesetzlosigkeit verwickelten, wirkte die Begründung der Russischen Föderation für ihre Intervention in Tschetschenien, nämlich um die Zivilbevölkerung zu

⁷ Bundeszentrale f. politische Bildung 2003, S. 8.

schützen und verfassungsmäßige Verhältnisse zu schaffen, wie eine Farce.

Nach dem raschen militärischen Sieg der Russen, die daraufhin den zweiten Tschetschenienkrieg trotz anhaltender Kampfhandlungen im Jahr 2000 für beendet erklärten, erzielten die Widerstandskämpfer mittels Guerillataktik innerhalb der Republik und durch Anschläge in Dagestan, Nordossetien, Inguschetien und Kern-Russland, immer wieder militärische Erfolge gegen die russische Armee, bzw. gegen die machtlose Position Moskaus.

1.2 Tschetschenien in der Gegenwart

Nach den beiden Tschetschenienkriegen ist keine Normalisierung der Situation vor Ort eingetreten. Vielmehr wurde der Konflikt von einem territorialen Konflikt zwischen der Russischen Föderation und tschetschenischen Separatisten in eine innertschetschenische Auseinandersetzung umgewandelt.

So setzte sich die Gewalt nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen zunächst fort. Bekannteste Beispiele dafür sind die Geiselnahmen im Moskauer Dubrowka-Theater 2002 und die in einer Schule in Beslan 2004. Russland reagierte mit Geheimdienstoperationen und

versuchte die Rebellen und deren Führer auszuschalten.

Offiziell bedeutet der von der russischen Regierung auch nach außen propagierte Kurs der „Tschetschenisierung“ zur politischen Lösung des Tschetschenienkonflikts die Übertragung der Verantwortung in moskautreue tschetschenische Hände.

Diese „Tschetschenisierung“ des Konflikts hat mehrere Dimensionen: Zunächst wurden mehrfach „kremltreue Vasallen“ mit der Befriedung der Republik beauftragt. Am 5. Oktober 2003 wählte das lokale tschetschenische Parlament zunächst Achmad Kadyrov zum neuen tschetschenischen Präsidenten. Die Wahl wurde von internationalen Organisationen wegen der offensichtlichen Unregelmäßigkeiten als Posse bezeichnet.⁸ Kadyrov fiel am 9. Mai 2004 einem von tschetschenischen Rebellen ausgeführten Bombenattentat zum Opfer. Russland reagierte, indem eine Spezialtruppe des russischen Inlandsgeheimdienstes den ehemaligen Präsidenten Tschetscheniens und mittlerweile den im Untergrund agierenden Guerillaführer Aslan Maschadow sowie den Untergrundkämpfer Schamil Bassajew liquidierte. Achmad Kadyrov folgte der frühere Innenminister und ebenfalls moskautreue Alu Alchanow ins Präsidenten-

⁸ FR online 2007.

amt. Dieser trat im Februar 2007 zurück. Kurz darauf wurde er von Putin zum russischen Vize-Justizminister ernannt. Als sein Nachfolger wurde Ramsan Kadyrov, der Sohn Achmad Kadyrovs, zum Präsidenten gewählt.

Seither werden in den Truppen des russischen Innenministeriums gezielt Tschetschenen als Soldaten und Polizisten vor Ort eingesetzt, die Präsident Kadyrov treu ergeben sind.⁹ Ramsan Kadyrov kontrolliert seit seiner Wahl das Land mit seiner Privatarmee. Ihm und seiner Armee werden massive Menschenrechtsverletzungen und der Unterhalt von Foltergefangnissen zur Last gelegt.¹⁰ Durch die engen Verbindungen zwischen dem tschetschenischen Machthaber Kadyrov und der russischen Führung ist ein offizielles Eingreifen der russischen Armee entbehrlich.

Eine weitere Dimension der Tschetschenisierung liegt darin, dass diese Politik innerhalb der tschetschenischen Gesellschaft zu einer Atmosphäre von Misstrauen, Verrat und Denunziation führte. Frühere Kämpfer der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung sind teilweise unter massivem Druck zu Kadyrov übergelaufen. Diese und andere Begebenheiten führten zu neuen Konfliktlinien quer durch die tschetschenische Gesellschaft. In vielen tschetschenischen

Dörfern werden dort lebende moskautreue tschetschenische Polizisten Opfer von Blutrache oder gezielter Ermordungen durch tschetschenische Kämpfer.¹¹

1.3 Akteure

Dem Kreml zufolge wurde der Konflikt in Tschetschenien längst beigelegt. Tatsächlich „verschwinden“ immer noch Menschen und werden gefoltert und getötet. Manche mögen dies als Nachkriegswehen abtun, jedoch bleibt die Frage, ob alle Konflikte in der Region nachhaltig gelöst werden konnten oder ob eine erneute großflächige Eskalation droht. Zur Analyse dieser Frage müssen zunächst die in Tschetschenien handelnden Akteure und deren Interessen betrachtet werden, um Konfliktpotentiale frühzeitig zu erkennen und Hilfestellungen zur Lösung zu erarbeiten.

Da die Republik Tschetschenien ein Teil der Russischen Föderation ist, muss diese Auseinandersetzung als innerstaatlicher Konflikt betrachtet werden. Unmittelbar involvierte Akteure sind deshalb vor allem in der Russischen Föderation und in der Republik Tschetschenien zu suchen. Mittelbar haben auch externe Akteure, wie z.B. die Europäische Union (EU) oder die Vereinten Nationen (Uni-

⁹ Schrepfer-Proskurjakov 2004, S. 976.

¹⁰ Hille 2005.

¹¹ Reinke 2005.

ted Nations – UN), Einfluss auf das Geschehen in diesem innerstaatlichen Konflikt.

Die **Russische Föderation** umfasst 89 Föderationssubjekte von unterschiedlichem Status, davon 21 Republiken mit den weitreichendsten Autonomiebefugnissen, wie z.B. die Republik Tschetschenien. Der Präsident der Russischen Föderation besitzt weitreichende Befugnisse gegenüber der Regierung und dem Parlament. Er bestimmt die Richtlinien der Außen- und Sicherheitspolitik, ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Vorsitzender des Sicherheitsrates, ernennt und entlässt mit Zustimmung der Duma die Regierung und bestimmt die Gouverneure (Präsidenten) der Föderationssubjekte,¹² wie zum Beispiel den Präsidenten der Republik Tschetschenien Ramsan Kadyrov, welcher dann vom regionalen Zweikammerparlament bestätigt wurde.¹³

Zur Stabilisierung der Lage in Tschetschenien werden **Truppen des Innenministeriums** von der Russischen Föderation eingesetzt. Diese könnten laut dem Innenministerium aber bald abgezogen werden, da die tschetschenische Polizei dann in der Lage sei, allein die Verantwortung zu übernehmen, jedoch bestehe

kein genauer Übergabezeitplan.¹⁴ Der **Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation (FSB)** führt ebenfalls Operationen in Tschetschenien durch.

Als Akteure innerhalb der **Zivilbevölkerung** der gesamten Russischen Föderation sind NGOs (Non Governmental Organisation, Nicht-Regierungs-Organisation) wie *memorial*, welche Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien aufzeigen, oder auch das Komitee der Soldatenmütter Russlands (UCSMR) zu nennen. Das Komitee der Soldatenmütter tritt in erster Linie für die Einhaltung der Menschenrechte bei Militärangehörigen ein, aber auch für eine gewaltlose Lösung in Tschetschenien.¹⁵

Die **Medienlandschaft Russlands** wird seit einigen Jahren immer stärker von staatlicher Seite kontrolliert. Insbesondere die nationalen Fernsehkanäle werden vom Staat überwacht und klammern Tabuthemen, wie zum Beispiel die Darstellung der tatsächlichen Lage der Bevölkerung Tschetscheniens, bewusst aus. Dennoch gibt es auch kremlkritische Berichterstattung zu innenpolitischen Themen, wie z.B. Fremdenhass im Fernsehen. Vor allem im Hörfunkbereich, den Printmedien und dem Internet wird ein breites Meinungsspektrum vertreten.

¹² Gaede 2006 S. 1212.

¹³ Auswärtiges Amt 2007 S.1.

¹⁴ Ministry of the Interior of Russia 2007 S. 5.

¹⁵ Union of the Committees of Soldiers' Mothers of Russia 2007.

Doch auch in diesen Bereichen nimmt der staatliche Einfluss weiter zu.¹⁶

Neben dem vom Präsidenten der Russischen Föderation eingesetzten Gouverneur (Präsidenten) Tschetscheniens bestehen lokale Volksvertretungen. Das **Parlament Tschetscheniens** setzt sich aus dem Rat der Republik mit 21 Abgeordneten der administrativ- territorialen Einheiten und der Bürgerversammlung mit 40 Abgeordneten zusammen, welche beide durch die wahlberechtigte Bevölkerung auf vier Jahre direkt gewählt werden.

Der von Moskau protegierte Präsident Tschetscheniens, **Ramsan Kadyrov**, unterhält eine eigene Privatarmee, die sogenannten „Kadyrovsky“. Teilweise umfasst seine Privatarmee amnestierte Rebellen aus den Tschetschenienkriegen. Die meisten Kämpfer dieser Einheiten wurden jedoch im Rahmen der Tschetschenisierung in die Streitkräfte der Russischen Föderation integriert. Neben diesen Milizen, welche dem tschetschenischen Präsidenten Kadyrov treu zur Seite stehen, besetzen seine Anhänger Schlüsselpositionen in Ministerien und ermöglichen ihm somit umfassenden Einfluss in Tschetschenien.¹⁷

Die **zivile Bevölkerung Tschetscheniens** kann sich weder als Akteur organisieren noch ihre Interessen artikulieren. Tschet-

tschenien liegt nach dem anhaltenden Konflikt am Boden. Die Infrastruktur ist zerstört, große Teile der Bevölkerung fielen dem Krieg zum Opfer und für die Bevölkerung steht das Überleben im Vordergrund. Zudem erschwert die unsichere Lage auch im Bezug auf das staatliche Gewaltmonopol ein zivilgesellschaftliches Engagement. Die Zivilbevölkerung in Tschetschenien scheint paralysiert.

Laut russischen Angaben existieren noch rund 1000-1500 **Rebellen** in den Gebirgsregionen Tschetscheniens.¹⁸ Trotz der Berichte über junge Menschen, die sich den Rebellen immer wieder anschließen, scheint der Widerstand gebrochen und somit die Unabhängigkeitsbestrebungen Tschetscheniens weitgehend aufgegeben.

Islamisten bringen Tschetschenien regelmäßig in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Die Geiselnahmen von Beslan und Moskau sind dafür bekannte Beispiele. Die islamistischen Kämpfer wollen dabei gegen die russische Politik ihren Heiligen Krieg im Kampf gegen die Ungläubigen führen. Es wird angenommen, dass die islamistischen Täter in tschetschenischen oder auch afghanischen Trainingscamps geschult und durch die Ideologie Al Kaidas beein-

¹⁶ Auswärtiges Amt 2007 S. 3.

¹⁷ Memorial Human Rights Center 2007.

¹⁸ Ministry of the Interior of Russia 2007.

flusst werden.¹⁹ Mit den religiös fundamentalen Islamisten wurde das Schlagwort von den „Wahhabiten“ in Russland publik. Diese konservativen und dogmatischen Anhänger des sunnitischen Islam streben eine Islamisierung Tschetscheniens nach arabischem Vorbild an. Erreichen wollen sie dies durch eine „islamistische Umerziehung des Volkes“. Von dieser Islamisierung versprechen sie sich u.a. einen massiven Geldfluss aus dem Nahen Osten und dem arabischen Afrika.

Bei den von Islamisten eingesetzten Selbstmordattentätern handelt es sich häufig um Frauen – die *Schwarzen Witwen*. Diese haben im Krieg ihre Männer verloren und leiden daher besonders unter Hunger, Geldmangel sowie der mangelhaften Infrastruktur. Anders als Männer, welche von ihrer politischen oder religiösen Mission überzeugt sind, sterben diese Frauen eher aus persönlichen Gründen. Ihre Verzweiflung wird zur Durchsetzung politischer Ziele missbraucht.²⁰

¹⁹ tagesschau.de 2007.

²⁰ Jeska 2005.

Überblick der internen und externen Akteursinteressen

Akteure	Ziele und Interessen
Russische Föderation	- Souveränität und territoriale Integrität der Russischen Föderation - Macht und Einfluss in Tschetschenien und im gesamten Kaukasus - Angst vor Gesichtsverlust als Großmacht - geopolitische Interessen (Konkurrenz durch Einfluss von USA, Türkei, Iran) - Bekämpfung des internationalen Terrorismus - Öl Transit und staatliche Anteile an der Ölförderung in Tschetschenien
Zivilbevölkerung der Russischen Föderation incl. NGOs	- Frieden und Rechtsstaatlichkeit - sozialer Frieden - Garantie der Grund- und Menschenrechte - traditionelles Feindbild von Kaukasier - unabhängige Berichterstattung
Republik Tschechenien	- Rückgabe der Anteile an der tschetschenischen Ölförderung - Macht und Einfluss - Konsolidierung der Wirtschaft
Präsident der Republik Tschechenien: Ramzan Kadyrov	- Macht und Einfluss in Tschetschenien - Wahrung der islamischen Religion - Legitimation und Gelder aus Moskau
tschetschenische Bevölkerung	- Befriedung des Landes - Sicherung der Lebensgrundlage - Garantie von Menschenrechten - Rechtsstaatlichkeit - Abbau von Feindbildern
Rebellen	- Unabhängigkeit Tschetscheniens von Russland - Widerstand gegen russische Dominanz
Islamisten	- Einführung eines Gottesstaats mit Scharia - Verbreitung des Islam - Verdrängung des traditionellen Brauchtums- Islam
Europarat, Vereinte Nationen, OSZE	- Garantie der Menschenrechte - Sicherung demokratischer Wahlen - Stabilisierung der Region - Frieden - Durchsetzung internationaler Rechtsstandards - Informationsevaluierung vor Ort
Europäische Union	- Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen - Rückführung von Flüchtlingen - Flüchtlingshilfe und Wiederaufbau - Durchsetzung der Marktwirtschaft - wirtschaftliche Interessen (Energiesicherheit) - regionale Kooperationen
Deutschland	- Vorrusschauende Friedenspolitik - Wirtschaftsbeziehungen (Energiesicherheit) - Garantie der Menschenrechte

1.4 Konfliktpotentiale

Wurzeln und Zusammenhänge mit anderen Konflikten in der Region

Die Auseinandersetzungen innerhalb der gesamten Kaukasusregion haben eines gemeinsam, alle entspringen der willkürlichen Grenzziehung nach der Eingliederung in das Sowjetimperium in den 1920er Jahren. Hierbei wurde die ethnische, religiöse und sprachliche Vielfalt ignoriert. Zusammenhängende Volksgruppen wurden auseinander gerissen und mit der Absicht willkürlich vermischt, deren kulturelle Identität zu eliminieren. Bestehende Grenzen wurden beseitigt und neue gezogen. Eine Festigung der Verhältnisse wurde durch Deportation, Repatriierung, Ansiedlung von anderen Volksgruppen sowie durch die Auflösung und spätere Wiedererrichtung von Gebietskörperschaften verhindert, so auch in Tschetschenien. All dies führte zu einem schwelenden Konfliktpotential, welches sich nach dem Kollaps der UdSSR in aggressiven oder gar kriegerischen Eskalationen entlud. Darin liegen die Wurzeln zahlreicher Konflikte, beispielsweise der Georgiens mit den abtrünnigen Regionen Abchasien, Adscharien und Südossetien sowie der aserbaid-schanisch-armenische Konflikt um Berg-Karabach. Diese Konflikte wurden verschärft durch die russischen Versuche,

den Einfluss im Südkaukasus zu wahren und vergrößern damit auch die Spannungen in Tschetschenien und dem gesamten Nordkaukasus.

Tschetschenien: Ein Territorialkonflikt?

Seit dem 19. Jahrhundert setzen sich die Tschetschenen gegen das sich immer weiter ausbreitende russische Reich zur Wehr. Zwar waren die Volksgruppen des Nordkaukasus nicht in einem staatlichen Gefüge zusammengefasst, doch durch ihren gemeinsamen Widerstand entwickelte sich eine gewisse Tendenz zur politisch-religiösen Einigung unter den Bergvölkern. Dies wurde durch das kollektive Trauma der bereits erwähnten Deportationen zusätzlich verstärkt. Der Versuch der sowjetischen Behörden, die Tschetschenen ihre Identität und Kultur nach der Rückkehr vergessen zu lassen und ihre Geschichte umzuschreiben, scheiterte und die Erinnerung an den Widerstand blieb bestehen. Nationale und religiöse Traditionen konnten nicht von den Behörden kontrolliert werden. In dem Machtvakuum der zusammenbrechenden Sowjetunion behauptete sich der sowjetische General Dschohar Duda-jew und erklärte Tschetschenien 1991 für unabhängig. Jedoch widersprach sein autoritäres Regime der Tradition der

Tschetschenen, sich keiner zentralisierten politischen Gewalt freiwillig zu beugen. Ein im Jahr 1994 trotz der Hilfe aus Moskau fehlgeschlagener Putsch veranlasste den Kreml schließlich in Tschetschenien militärisch einzugreifen – *erster Tschetschenienkrieg*. In ihrer Tradition des Widerstandes kämpften die materiell Unterlegenen, aber stärker motivierten Tschetschenen, gemeinsam gegen die russischen Militärs. Nach dem Waffenstillstand 1997 hatte sich Tschetschenien zwar eine faktische Unabhängigkeit erkämpft, jedoch keine internationale Anerkennung erreicht und auch die innere staatliche Konsolidierung des zerstörten Landes war nicht möglich. In der Nachkriegszeit entstand ein erneutes Machtvakuum, da Warlords ihre im Krieg erlangte Macht nicht ohne weiteres wieder abgeben wollten. Als islamistische Feldkommandeure von Tschetschenien aus auf Dagestan übergriffen und Bombenanschläge im inneren der Russischen Föderation verübten, griffen die russischen Truppen Tschetschenien erneut an – *zweiter Tschetschenienkrieg*.²¹

Bei genauer Betrachtung kann der erste Tschetschenienkrieg eindeutig als Territorialkonflikt klassifiziert werden, bei dem es um die Unabhängigkeit Tschetscheniens von der Russischen Föderation ging. Der zweite Tschetschenienkrieg

hingegen entstand nicht aus separatistischen Bewegungen heraus, sondern war vielmehr Produkt einer aus dem ersten Tschetschenienkrieg resultierenden Gewaltspirale in einem wirtschaftlich und infrastrukturell am Boden liegenden Land. Nach Jahren der Gewalt ist der Territorialkonflikt zwar nicht beigelegt, jedoch ist die Bevölkerung kriegsmüde und will einen dauerhaften Frieden.

Macht und Herrschaft

Das Tauziehen um Macht und Einfluss in dem Gebiet zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer beeinflusst auch die Politik der Russischen Föderation gegenüber der Republik Tschetschenien. Nach dem Niedergang der Sowjetunion wurde der Nordkaukasus zu einer Grenzregion großen geopolitischen Interesses. Die Konflikte dort schwächen die Machtposition der Russischen Föderation in Bezug auf ihre territoriale Integrität bis in die Gegenwart. Darüber hinaus drohen sie deren Einfluss auf die kaspischen Energierohstoffe zu mindern. Im Zeitalter schwindender fossiler Energieträger kann deshalb die Einflussmöglichkeit externer Kräfte auf den Kaukasus als Konfliktpotential nicht ausgeschlossen werden.²²

²¹ Bundeszentrale für politische Bildung 2003, S. 5-8.

²² Bundeszentrale für politische Bildung 2003, S. 9.

Problematisch ist auch der in jüngster Vergangenheit ansteigende Grad an Zentralismus in der Russischen Föderation. Gouverneure und auch der Präsident der Republik Tschetschenien werden nicht vom Parlament oder Volk frei gewählt, sondern vom Präsidenten der Russischen Föderation vorgeschlagen. Das Parlament hat daher keinen Einfluss auf die Wahl des Oberhauptes und muss unter Umständen mit seiner Auflösung rechnen, sollte es die vorgeschlagenen Kandidaten nicht bestätigen.²³ Im November 2005 wurde die Wahl des tschetschenischen Parlaments manipuliert, indem Kadyrov zunächst fast ausnahmslos die Abgeordneten selbst aussuchte und diese dann in einem gefälschten Urnengang wählen ließ.²⁴ Es besteht die Gefahr, dass der Gouverneur die Interessen der Zentralgewalt in Moskau, in besonderem Maße jedoch seine eigenen, vertritt.

In sozioökonomischer Hinsicht besteht eine hohe Abhängigkeit des tschetschenischen Republikhaushalts von föderalen Mitteln. Dies zeigen auch andere Föderationssubjekte, wie z.B. Dagestan, dessen Haushalt zu 85 Prozent aus Mitteln der Föderation gedeckt wird.²⁵ Neben der Justiz und der lokalen Selbstverwaltung

ist deshalb auch die Verteilung der Zuwendungen aus dem Etat der Russischen Föderation besonders von Korruption betroffen. Der hohe Korruptionsgrad verärgert zwar die Bevölkerung Tschetscheniens, doch traut sie Kadyrov zu diesen bekämpfen zu können. Vor allem die zunehmenden Beschwerden zeigen, dass das Vertrauen der Menschen in die Verantwortlichen Tschetscheniens steigt. Die wachsende persönliche Macht Ramzan Kadyrovs könnte jedoch den Einfluss Moskaus auf die tschetschenische Politik in Zukunft in Frage stellen.²⁶

Konfliktpotential knappe Ressourcen

Zwar verfügt Tschetschenien über eigene Öl-Ressourcen, doch ist die Förderung und Aufbereitung der relativ geringen Vorkommen größtenteils unrentabel. Dabei gehören der tschetschenischen Republik 49 Prozent und dem staatlich russischen Ölproduzenten Rosneft 51 Prozent der Anteile an der lokalen Firma Grosneftegas.²⁷ Die tschetschenische Regierung fordert jedoch aufgrund der Bedeutung des Öls für Tschetschenien die Rückgabe der föderalen Anteile an die Bevölkerung.²⁸ Damit wäre theoretisch eine Basis für Unabhängigkeitsbewegungen geschaffen.

²³ Auswärtiges Amt 2007.

²⁴ FR online 2007.

²⁵ Bundeszentrale für politische Bildung 2003, S. 9.

²⁶ Swiss Peace 2007, S. 1-2.

²⁷ Novosti 2007a.

²⁸ Novosti 2007b.

Seit dem Jahr 2000 verläuft die „Northern Early“ Pipeline nicht mehr durch Tschetschenien. Diese Pipeline führte von Baku über Grosny nach Novorossisk und musste wegen der anhaltenden Kriegssituation, Sabotagegefahr und illegalen Erdölentnahmen um Tschetschenien herum geführt werden. Dennoch kommt es immer wieder zu Anschlägen tschetschenischer Rebellen auf diese Pipeline, was ein weiteres Konfliktpotential darstellt.²⁹

Straflosigkeit, Unterdrückung und Folter in Tschetschenien

Im Rahmen der Tschetschenisierung des Konflikts wurden zwar Milizen in die Truppen der Russischen Föderation integriert, doch noch immer begehen in Tschetschenien operierende Einheiten Menschenrechtsverletzungen. Das durch den Bericht des Europäischen Komitees zur Verhinderung von Folter und inhumaner oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung³⁰ erneut ins Visier geratene Operating Search Bureau N2 (ORB-2) ist dafür nur ein Beispiel. Dort inhaftierte Personen wurden durch Mitglieder der Strafverfolgungsbehörden und Si-

cherheitskräfte mittels Schlägen, elektrischen Schocks, Aufhängen an Gliedmaßen oder auch Verbrennungen gefoltert.³¹ Von 2002 bis März 2007 wurden laut Memorial³² 2018 Menschen in Tschetschenien gekidnappt, 196 wurden getötet aufgefunden, 721 kamen frei, 44 waren in Gefängnissen und 1057 Menschen verschwanden. Seit Januar 2007 ging jedoch die Zahl der Entführungen erheblich zurück.³³ Neben Folter und „Verschwindenlassen“ prägen vor allem eine weit verbreitete Unsicherheit, willkürliche Verhaftungen sowie Haft in offiziellen und unbekannten Haftanstalten ohne Kontakte nach außen die Menschenrechtsslage in der Region. Allgemein herrscht noch immer ein Klima der Straflosigkeit vor.³⁴ Obwohl Menschenrechtsverletzungen immer wieder zu Urteilen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes führen, bleiben sie in der russischen Föderation weitgehend straflos.³⁵ In dieser Situation kommt die mangelnde Berichterstattung und Aufklärung erschwerend hinzu. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Gesetzes-

²⁹ Energy Information Administration 2007.

³⁰ Bericht des Komitees zur Verhinderung von Folter und inhumaner oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung / engl. Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT).

³¹ Council of Europe, 2007, S. 3.

³² Memorial e.V.: Deutscher Zweig der Nichtregierungsorganisation Memorial International. Memorial Deutschland e.V. ist den Prinzipien Toleranz und Gewaltlosigkeit verpflichtet und setzt sich für die historische Aufklärung sowie für die Wahrung der Menschenrechte in Russland und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ein. <http://www.memorial.de>.

³³ Ministry of the Interior of Russia 2007.

³⁴ amnesty international 2007.

³⁵ Franck 2007.

änderungen wurden die Aktivitäten von NGOs und Menschenrechtsorganisationen massiv beschränkt. Sie sind verschärften Kontrollen und einschneidenden Sanktionen ausgesetzt. Von den staatlich kontrollierten Medien werden sie als „Handlanger ausländischer Geheimdienste“ dargestellt. Diese Medienkampagne zeigt Wirkung, denn prominente Bürger- und Menschenrechtler werden in der Bevölkerung plötzlich als Feinde des russischen Volkes angesehen. Wie dramatisch die Lage für diese Personen werden kann, zeigt die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja.³⁶

Radikale Islamisierung in Tschetschenien

Der Kaukasus gilt als Kreuzzone der Kulturen und Religionen an der Schnittstelle zwischen Europa und dem Vorderen Orient. In Bezug auf den Islam steht dabei vor allem die kaukasische Peripherie Russlands, insbesondere Tschetschenien, im Blickpunkt. Die in Tschetschenien traditionell üblichen Formen von Religiosität (Sufismus, Volksislam) geraten zunehmend in Konflikt mit sich ausbreitenden ideologischen Inhalten. Die Vorstellungen eines frühen, reinen, universell gültigen Islam entsprechen einem religiösen Fundamentalismus

(z.B. der „Wahhabiten“), der seit 1997 auch zu Auseinandersetzungen in einzelnen Gebieten des Nordkaukasus führte.

In den Gebirgsregionen Tschetscheniens sollen vermehrt arabische Söldner anzutreffen sein, welche nicht an nationalen Problemen, sondern vielmehr an der Durchführung des Dschihad³⁷ orientiert sind. Die russischen Medien stellen den Tschetschenienkonflikt aufgrund der steigenden Islamisierung, insbesondere seit dem 11. September 2001, generell als Krieg gegen Islamisten und den Internationalen Terrorismus dar.³⁸

Somit ergibt sich aus der zunehmenden Islamisierung der tschetschenischen Gesellschaft die Gefahr der Instrumentalisierung perspektivloser und verzweifelter Menschen, wie z.B. die bereits erwähnten *Schwarzen Witwen*, für die Ziele des Dschihad. Außerdem führt diese Radikalisierung des Glaubens zu einer Spaltung der tschetschenischen Gesellschaft in gemäßigte und radikalisierte Muslime

³⁷ Dschihad / Djiad / Jihad [arab. Bemühen] bezeichnet im Islam den allumfassenden Einsatz für die Sache Gottes. Beinhaltet für den Muslim die Pflicht, nach seinen Möglichkeiten für die Verbreitung des Islam beizutragen und dessen Herrschaftsgebiet zu verteidigen oder zu vergrößern. Im islamischen Recht bezeichnet er oft einen zulässigen Krieg zur Erweiterung des islamischen Herrschaftsbereichs. In der Moderne gehört das Konzept des Dschihad zur Rhetorik radikaler islamischer Bewegungen und auch muslimischer Staaten bei der Abgrenzung von und der Auseinandersetzung mit dem Westen. Elger 2003, S. 146-147.

³⁸ Schrepfer-Proskourjakov 2004, S. 978.

³⁶ Franck 2007.

und bedingt somit ein weiteres Konfliktpotential.

Feindbilder – die suggerierte Gefahr aus dem Kaukasus?

Das romantische Bild Kaukasiens aus dem 18. Jahrhundert ist längst Vergangenheit. Es wandelte sich zu einer düsteren Mythologisierung der Region und seiner Bewohner. Es war ebenso von der stolzen, anmutigen Kaukasierin, aber auch den Stereotypen ewiger Gefahr, Krieg, Bedrohung, Verrat und Banditen die Rede. Gegenwärtig zeichnen die Medien in Zusammenhang mit der Krisenregion die Figur des kaltblütigen kaukasischen Freischärlers und beeinflussen damit die Wahrnehmung anderer russischer Bevölkerungsgruppen. Alte Feindbilder werden heraufbeschworen und Personen kaukasischer Identität scheinen den Status des sowjetischen Klassenfeinds zu übernehmen.³⁹ Konfliktpotentiale entstehen dabei gerade an den Berührungspunkten zwischen Menschen anderer Volksgruppen und Tschetschenen, welche durch Umsiedelung oder Flucht vor kriegesischen Auseinandersetzungen gezwungen sind, in anderen Teilen der Russischen Föderation mit der dortigen Bevölkerung auszukommen. Fremdenfeindlichkeit entlädt sich dann

oft in Aggression gegenüber Menschen kaukasischer Abstammung.⁴⁰

Konfliktpotential Armut und Perspektivlosigkeit

Nach Jahren des Krieges sind die Infrastruktur und die Wirtschaft der Republik Tschetschenien weitestgehend zerstört. Trotz eines Aufschwungs in der Bauindustrie und Zeichen einer sozioökonomischen Erholung bleibt der Nordkaukasus eine der ärmsten Regionen der Russischen Föderation.

Geschätzte 80% der Bevölkerung leben von einem Einkommen unterhalb der nationalen Armutsgrenze. Vor allem Gesundheitsindikatoren zeigen Armut und fehlende soziale Systeme in Tschetschenien auf. Die Kindersterblichkeitsrate liegt zwei bis vier Mal höher als der nationale Durchschnitt der russischen Föderation, Tuberkulosefälle treten zehnmal häufiger auf. Ferner haben 40 Prozent der Einwohner Grosny keinen Zugang zu fließendem Wasser.⁴¹ Somit entsteht auch ein hoher Bedarf an medizinischer Versorgung, der zusätzlich durch rückkehrende Flüchtlinge mit Kriegsverletzungen und der gewaltsamen Situation (Minenopfern, Schießereien, Attentate) in Tschetschenien verschärft wird.

³⁹ Auch 2006 S. 2-4.

⁴⁰ amnesty international 2007.

⁴¹ OCHA 2007, S.3-4.

Nach offiziellen Statistiken sind etwa 300.000 der Erwerbsfähigen von insgesamt einer Million Einwohnern Tschetscheniens arbeitslos. Unabhängige Berichterstatter sprechen von einer Arbeitslosenquote von ca. 70%⁴². Gerade die jüngeren Generationen stehen somit frustriert vor ihrer Zukunft.

Die Perspektivlosigkeit führt zusätzlich zur Ausbeutung der Bevölkerung in ihrer aussichtslosen Situation. Der Bauboom scheint zwar zunächst Arbeitsplätze zu schaffen und die Lage der Bevölkerung zu verbessern, doch die Arbeiter erhalten häufig keine Arbeitsverträge. Mit einer Beschäftigung geht dabei weder ein angemessenes Arbeitsentgelt noch soziale Absicherung einher. Diese Ausbeutung führt schließlich zu Protesten der Arbeiter, die dann mit Waffengewalt beendet werden.⁴³

1.5 Haltung und Engagement von UN, EU, Europarat und OSZE

Bei vielen nationalen und internationalen Organisationen und Akteuren – wie z.B. bei Politiker_innen – ist eine eher abwartende Haltung gegenüber dem Tschetschenienkonflikt zu beobachten. Dies wird zum einen mit der Komplexität des Konflikts, zum anderen aber auch durch

den Mangel an von allen beteiligten Konfliktparteien akzeptierten Verhandlungsführern auf Seiten der Tschetschenen begründet. Zweites ist Folge der inneren Spannungen und Spaltungen unter den Akteuren in Tschetschenien.⁴⁴

Internationale Organisationen leisten seit langer Zeit, meist im Hintergrund und von der Öffentlichkeit unbemerkt, humanitäre Hilfe in der Krisenregion. Eine politische Rolle, z.B. als Vermittler zwischen der russischen Regierung und den tschetschenischen Rebellen, nehmen sie jedoch nicht ein. Auf europäischer Ebene engagieren sich hauptsächlich die Europäische Union, der Europarat und die OSZE in der Tschetschenien-Problematik.

Haltung und Engagement der EU im Tschetschenienkonflikt

Die russische Föderation ist nicht Mitglied der Europäischen Union, somit liegen die Vorgänge in Tschetschenien außerhalb des direkten Einflussbereichs der EU. Jedoch ist der Nordkaukasus, im Besonderen nach der Deeskalation der Balkankonflikte, die brisanteste Krisenzone des europäischen Kontinents.⁴⁵ Dies rückt die Region in das unmittelbare Interesse der EU-Politik.

⁴² Gannushkina 2007.

⁴³ Gannushkina 2007.

⁴⁴ Halbach 2004, S. 32.

⁴⁵ Halbach 2005, S. 11.

Die gemeinsame europäische Politik gegenüber der kaukasischen Konfliktregion verfolgt folgende Strategie: Sie will zum einen die Unterstützung von Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft als Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Stabilität vorantreiben, zum anderen soll eine regionale Kooperation und die Integration in europäische Entscheidungsprozesse erreicht werden.⁴⁶ Die Union ist an der Stabilisierung des gesamten Kaukasus interessiert und setzt sich daher stark für die Rückführung von Flüchtlingen in gesicherte Gebiete und den Wiederaufbau Tschetscheniens ein. Dafür hat die EU im Zeitraum von 1999 bis 2004 ca. 170 Mio. € für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt, das meiste in die Flüchtlingshilfe. Langfristig will die EU über diesen Betrag hinausgehen und besonders in den Wiederaufbau investieren. Die Schwerpunkte sollen dabei auf den Bereichen Gesundheit, Bildung und Arbeitsbeschaffung liegen.⁴⁷ Die Position der EU seit Beginn der Auseinandersetzungen in Tschetschenien kann nicht als geradlinig und konsequent bezeichnet werden. Im Verlauf des Konfliktes werden deutliche Unterschiede in der Haltung von Europäischem Rat und Kommission auf der einen Seite und dem Parlament auf der anderen Seite sichtbar,

⁴⁶ Bundeszentrale für politische Bildung 2003, S. 21.

⁴⁷ Halbach 2005, S. 32.

welche sich durch aktuelle politische Rahmenbedingungen noch weiter verstärken. Zunächst verurteilten alle Organe der EU die Geschehnisse im Kaukasus. Das Vorgehen der russischen Streitkräfte, besonders die angewendeten Mittel, stünden in keinem Verhältnis zum angestrebten Zweck. Die Sicherung der territorialen Integrität rechtfertige in keinem Fall ein derart massives militärisches Vorgehen gegen ein ganzes Volk.⁴⁸ Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 milderten vor allem der Europäische Rat und die Kommission ihre Kritik am Krieg in Tschetschenien ab, da er als Teil des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus verstanden wird. Das Europäische Parlament hingegen übte bereits ein halbes Jahr nach den Anschlägen wieder öffentliche Kritik und damit Druck auf die russische Regierung aus. Dennoch verspernte sich auch das Europäische Parlament zu keinem Zeitpunkt einer Kooperation mit Moskau und hält Angebote als Vermittler für politische Lösungen des Konfliktes aufrecht, da auch aus Sicht des Parlamentes Tschetschenien weiterhin ein Teil der Russischen Föderation ist.⁴⁹

Die EU und Russland sind übereingekommen, dass die internationalen Organisationen einen wichtigen Beitrag in

⁴⁸ Fischer 2006, S. 14.

⁴⁹ Urdze 2004 S. 59.

enger Zusammenarbeit mit den russischen Behörden leisten können. Dieser Beitrag liegt jedoch für die Russische Föderation lediglich in der Unterstützung ihrer bisher betriebenen Politik der „Tschetschenisierung“.⁵⁰ Die Tschetschenisierung führt allerdings, wie schon erwähnt, nicht zum Ende der Gewalt in der Region.

Ein Eingreifen der Europäischen Union ist auch auf Grund der Tatsache problematisch, dass es sich hier nach internationalen Richtlinien um einen innerstaatlichen Konflikt handelt. Des Weiteren kommen noch die eigenen Interessen der Gemeinschaft zum tragen. So liegt der EU einerseits viel daran gute nachbarschaftliche und ökonomische Beziehungen mit Russland aufzubauen, um den Bezug von Energierohstoffen aus Russland zu sichern. Andererseits verfolgt die Union das Ziel der Einhaltung Europäischer Werte und die Wahrung der Menschenrechte. Die EU steht hier demnach vor einem Energieversorgungs-Moral Problem. Ein Schweigen des Westens führt unweigerlich zur Kritik am System der Europäer und setzt sie dem Vorwurf aus, sich mit lapidaren Hilfszahlungen von Problemen freizukaufen, in die sie nicht involviert werden wollen.

Die Position des Europarates

Mit dem Beitritt zum Europarat (1996) hat Russland automatisch die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit zu deren Inhalten bekannt. Tschetschenien liegt einerseits durch die Mitgliedschaft Russlands und andererseits durch die Aufnahme der drei Kaukasusrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan, im direkten Einflussbereich des Europarates. Die Organisation verfolgte mit deren Aufnahme folgende Ziele: Stabilisierung der gesamten Region, Förderung von Demokratie und Durchsetzung der Menschenrechte.⁵¹ Russland erkennt die Zuständigkeit des Europarates für Tschetschenien an.⁵² Gegenwärtig und in der Vergangenheit zählt der Europarat zu den härtesten Kritikern der russischen Tschetschenien-Politik. Er warf der russischen Regierung seit Beginn der Auseinandersetzungen in Tschetschenien immer wieder massive Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Verletzung bindender Rechtsverpflichtungen vor. Das Verhältnis zwischen Europarat und der Russischen Föderation ist durch den Tschetschenien-Konflikt merklich abgekühlt. So entzog die Parlamentarische Versammlung des Europarates der Russischen Föderation kurzzeitig das

⁵⁰ Urdze 2004, S. 31.

⁵¹ Bundeszentrale für politische Bildung 2003, S. 22.

⁵² Urdze 2004, S. 55.

Stimmrecht, nachdem die russische Regierung den Hauptforderungen eines Waffenstillstandes und Verhandlungen mit den gewählten tschetschenischen Autoritäten nicht nachkam. Bereits ein Jahr später wurde das Stimmrecht wieder erteilt, obwohl sich die Situation in den tschetschenischen Gebieten seither verschlechtert hatte.⁵³ Der Europarat sieht sich daher dem Vorwurf ausgesetzt, aus realpolitischen Erwägungen seine eigenen politischen Werte zu verraten. Damit kämpft der Europarat um seine Glaubwürdigkeit und fordert fortwährend einen Dialog zwischen den Konfliktparteien über einen Waffenstillstand und ungehinderten Zugang für internationale Hilfsorganisationen und Berichterstatter. Das Anti-Folter-Komitee (CPT) des Europarats hat am 13. März 2007 eine eindeutige Erklärung zu den Menschenrechtsverletzungen abgegeben. Damit umging es bereits zum dritten Mal die Regelung, nach der offizielle Berichte nur mit Zustimmung Moskaus veröffentlicht werden dürfen. Trotz der Weigerung der Russischen Föderation wurde mit diesen Berichten der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, sich über die erschreckende Situation in der Republik Tschetschenien zu informieren. In diesen Berichten bestätigte das Komitee die Aussagen von Menschenrechtsorganisa-

tionen über die unzureichende Behandlung von Gefangenen in der Tschetschenischen Republik. Auch wurden erneut das „Verschwindenlassen“ von Menschen, willkürliche Verhaftungen sowie die allgemeine Straflosigkeit angeprangert.⁵⁴ Dies war ein wichtiges Signal, bestätigt jedoch die „Hintertürpolitik“ des Europarats, welcher eine offizielle Stellungnahme in dieser Schärfe scheut. Der dem Europarat angeschlossene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entgegen den Bestrebungen Russlands Klagen von Tschetschenen zugelassen.⁵⁵ Das führte im Juli 2006 zu einer ersten Verurteilung der Russischen Föderation durch den Gerichtshof, was eine wichtige Signalwirkung hatte. Weitere Verurteilungen folgten, zahlreiche weitere Klagen sind anhängig.⁵⁶

Die OSZE – Rückzug aus Tschetschenien

Die Organisation zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entsandte 1995 eine erste Mission nach Tschetschenien und fand dort nach eigenen Angaben eine humanitäre Katastrophe vor. Sie versuchte seit April 1995 in Grosny zwischen tschetschenischen Rebellen und russischen Truppen zu ver-

⁵³ Urdze 2004, S. 54.

⁵⁴ Council of Europe 2007.

⁵⁵ Urdze 2004, S. 72.

⁵⁶ <http://www.echr.coe.int/echr/>.

mitteln und war an der Aushandlung eines Waffenstillstandes maßgeblich beteiligt.⁵⁷ In der Zwischenkriegszeit arbeitete die Organisation weiter vor Ort. Sie unterstützte z.B. die ersten freien Präsidentschaftswahlen in Tschetschenien im Januar 1997, sie leistete organisatorische sowie finanzielle Hilfe, entsandte Wahlbeobachter in die Region⁵⁸ und arbeitete eng mit Menschenrechtsorganisationen wie *memorial* und *Human Rights Watch* zusammen.⁵⁹ Im zweiten Tschetschenien-Krieg lehnte die russische Regierung jede politische Rolle der OSZE mit der Begründung ab, es handle sich hier nicht um einen internationalen Konflikt, sondern um eine innerrussische Angelegenheit.⁶⁰ Das Mandat für die OSZE-Unterstützungsgruppe erlosch am 31. Dezember 2002, da kein Konsens zustande gebracht werden konnte. Aufgrund der Weigerung des Kremls, das Mandat für die Mission zu verlängern, schloss das OSZE-Büro in Tschetschenien Ende 2002. Kurz darauf folgte die Schließung der Vertretung des Europarates. Damit sind auch die letzten internationalen Organisationen aus Tschetschenien verschwunden.

Das Engagement der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen sind durch die Mitgliedschaft Russlands im Sicherheitsrat und seinem Veto-Recht als ständiges Mitglied blockiert. Die Lage in Tschetschenien wurde nicht im Sicherheitsrat erörtert.⁶¹ In der UN-Menschenrechtskommission (MRK) wurde Russland jedoch, u.a. vom damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer im März 2002⁶², mit seiner Tschetschenien-Politik konfrontiert. Die ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson reiste im Frühjahr 2002, während einer Tagung der MRK, persönlich nach Moskau, Tschetschenien und die russischen Nachbarrepubliken, um die Menschenrechtslage vor Ort zu überprüfen.⁶³ Die MRK forderte die Russische Föderation in mehreren zurückhaltenden Resolutionen dazu auf, internationalen, regionalen und nationalen humanitären Organisationen ungehinderten Zugang zu Tschetschenien zu gewähren. Diese Resolutionen wurden jedoch von Russland boykottiert.⁶⁴

⁵⁷ Zürcher 1997, S. 26.

⁵⁸ IFK 2004, S. 13.

⁵⁹ Urdze 2004, S. 67.

⁶⁰ IFK 2004, S. 13.

⁶¹ IFK 2004 S. 13.

⁶² Fischer 2002.

⁶³ Rupprecht 2003, S. 181.

⁶⁴ Rupprecht 2003, S. 182.

1.6 Haltung und Engagement Deutschlands

Die Bundesregierung unterstützt auf verschiedene Weise die Versuche der Europäischen Union, eine einheitliche Linie zum Thema Tschetschenien zu finden um somit auf den Konflikt einwirken zu können. Sie verlangt von allen Akteuren eine vorausschauende Friedenspolitik mit Priorität auf zivilen Mitteln, d.h. Prävention vor Intervention. Sie setzt dabei weiter auf die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, insbesondere im Bereich des Völkerrechtes. Weiter tritt sie für eine verstärkte Abrüstungspolitik durch Rüstungskontrollen und die Stärkung der internationalen Organisationen ein, wie z.B. die der Vereinten Nationen. Die deutsche Außenpolitik bemüht sich um die Förderung von Integrationsprozessen zur Konfliktprävention und Friedensförderung, z.B. die 2001 initiierte Kaukasus-Initiative der Bundesregierung.⁶⁵

Mit der Absage an die „Koalition der Willigen“ im Irak-Krieg bekannte sich die Bundesregierung mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung zu einer internationalen Politik der friedlichen Mittel. Eine solche Politik resultiert für Deutschland aus den Erfahrungen der beiden Weltkriege. Aus diesen wuchs

der Anspruch, für Frieden und Gerechtigkeit in Europa und der Welt einzutreten. Dazu zählt auch die Pflege guter Beziehungen zu den arabischen Staaten. Diese unterstützen grundsätzlich die Position der mehrheitlich islamischen Tschetschenen. Mit dem Auftreten Deutschlands als Vermittler könnte es zu einem positiveren Bild von Deutschland und Europa in der arabischen Welt beitragen, was einen friedlichen Dialog fördern und radikalen Tendenzen, im Extremfall in Form von Terroranschlägen oder gar Kriegen, entgegen wirken würde.

Auch aus der deutschen Zivilgesellschaft heraus gibt es Bemühungen, einen Beitrag zur friedlichen Beilegung des Konfliktes zu leisten. 1997 gründeten Wissenschaftler, Künstler, Menschenrechtler und Politiker die deutsch-kaukasische Gesellschaft (DKG). Die DKG sieht ihre Aufgabe vor allem in der Unterstützung des Dialoges zwischen europäischen und kaukasischen Politikern und wirbt für die Einbeziehung legitimer tschetschenischer Politiker in einen Friedensdialog zur Bekämpfung des Terrorismus.⁶⁶

Die Bundesregierung sowie die Bevölkerung wissen um die Notwendigkeit guter ökonomischer und politischer Beziehungen zu Russland. Auf der einen Seite deckt die Russische Föderation einen

⁶⁵ Bundeszentrale für politische Bildung 2003, S. 21.

⁶⁶ Deutsch-kaukasische Gesellschaft 2007.

großen Teil des deutschen Energiebedarfs, auf der anderen Seite ist Russland ein wichtiger Importeur deutscher Erzeugnisse. Eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen durch eine erneute Eskalation der Situation im Nordkaukasus würde unweigerlich auch die Wirtschaftsbeziehungen belasten, was den allgemeinen Aufschwung in Deutschland abbremsen könnte. Auch der rege kulturelle Austausch zwischen beiden Staaten wäre gefährdet.

Die deutsch-russischen Beziehungen werden durch die Tschetschenien-Frage belastet, da die Bundesregierung den Umgang der russischen Regierung mit der tschetschenischen Bevölkerung kritisiert, woraufhin sich Russland missverstanden fühlt. Für die russische Regierung sind der Krieg und die Vorgänge in Tschetschenien ein Teil des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus, wofür sie entsprechende Anerkennung erwartet.⁶⁷

Deutschland bemüht sich seit der Kanzlerschaft von Angela Merkel der Politik Russlands in der Tschetschenien-Frage mit einer direkteren Sprache zu begegnen. Dies war nicht die Politik ihres Vorgängers Gerhard Schröder, ihn verband zudem eine private Freundschaft mit dem damaligen Präsidenten Wladimir Putin. Besondere Kritik erntete Bun-

deskanzler Schröder als dieser bekundete, Vertrauen in die demokratische Gesinnung des russischen Präsidenten zu haben.⁶⁸ Während ihres Antrittsbesuchs zu Beginn ihrer Amtszeit traf sich die deutsche Bundeskanzlerin in Moskau mit russischen Menschenrechtsaktivisten. Im Gespräch mit Präsident Putin kritisierte sie die Lage in Tschetschenien, verwies aber gleichzeitig auf die gute strategische Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland. Die Betonung der guten deutsch-russischen Beziehungen wurde besonders während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 fortgesetzt, Angela Merkel klammerte das Thema Tschetschenien vollständig aus, um die gesamteuropäischen Reformprojekte im Verhältnis der EU zu Russland nicht zu gefährden.

Das Parlament hingegen hat Tschetschenien seit Beginn der Auseinandersetzungen auf seiner Tagesordnung, der Bundestag hat sich mehrfach öffentlich besorgt über die Lage in Tschetschenien geäußert. Im März 2007 hat die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag eine große Anfrage zu den aktuellen Entwicklungen in Russland und ihre Auswirkung auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland eingebracht. Diese enthielt den direkten

⁶⁷ Götz 2006, S. 17.

⁶⁸ Adomeit 2004, S. 1.

Bezug zum Nordkaukasus und Tschetschenien. Damit war die Bundesregierung gezwungen, sich in der Tschetschenien Frage zu positionieren.⁶⁹ Die Bundesregierung setzte sich gegenüber Russland zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Tschetschenien ein, so die Antwort der Bundesregierung.⁷⁰ Jedoch ist die Bundesregierung gefangen zwischen realpolitischen Notwendigkeiten, wie z.B. dem Aufbau und der Erhaltung guter nachbarschaftlicher Beziehungen zu Russland, und der Notwendigkeit Kritik am wichtigen Partner Russland in seiner Tschetschenien-Politik zu üben.

1.7 Aktuelle Entwicklungen

Bei den Duma-Wahlen am 2. Dezember 2007 erreichte die Partei „Einiges Russland“ von Wladimir Putin und Ramsan Kadyrow ein beachtliches Ergebnis in Tschetschenien; bei einer Wahlbeteiligung von angeblich 99,46% erreichte die Partei 99,36% der abgegebenen Stimmen und festigte mit diesem Ergebnis die Dominanz in Russland.⁷¹

Beleg für die weiterhin gespannte Situation in Tschetschenien sind die anhaltenden Bombenanschläge. Am 4. Mai 2008 wurden bei einem Attentat in der Haupt-

stadt Grosny fünf Polizisten getötet, wie die Nachrichtenagentur Ria Novosti vermeldete.⁷²

Selbst bei ausgewiesenen deutschen Russlandkennern spielen die Auseinandersetzungen in Tschetschenien keine Rolle mehr. Auf die Frage, wie die außenpolitische Agenda des neuen russischen Präsident Dmitri Medwedew einzuschätzen sei, antwortete Alexander Rahr von der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik, dass es „Reizfaktoren wie den Tschetschenien-Krieg“ nicht mehr geben würde.⁷³

2. Exemplarische Lösungsansätze

Der Tschetschenien-Konflikt ist seit über einer Dekade von einer Spirale der Gewalt gekennzeichnet. Seit dem zweiten Tschetschenienkrieg entwickelt sich der Konflikt zunehmend zu einem Bürgerkrieg innerhalb Tschetscheniens. Eine kurzfristige Lösung scheint wegen der Interessenlage der innertschetschenischen Akteure und der unnachgiebigen Haltung der Russischen Föderation kaum realisierbar zu sein. Problematisch dabei ist insbesondere die restriktive Informationspolitik. Für die internationale Öffentlichkeit sind weder Opferzahlen,

⁶⁹ Deutscher Bundestag 2007a.

⁷⁰ Deutscher Bundestag 2007b.

⁷¹ Forschungsstelle Osteuropa (2007), S. 20.

⁷² Novosti 2008, S. 7.

⁷³ Novosti 2008b.

Anzahl von Gewaltverbrechen oder sonstige Menschenrechtsverletzungen gesichert bekannt.

2.1 Gewalt beenden

Notwendig für eine dauerhafte friedliche Lösung des Konfliktes ist der Verzicht auf Gewalt durch alle Konfliktparteien. Dazu gehören neben der sofortigen Beendigung terroristischer Anschläge auch das Ende menschenrechtsverletzender Übergriffe in Tschetschenien. Sowohl die tschetschenische als auch die russische Bevölkerung haben Anspruch auf ein Leben in körperlicher Unversehrtheit. Der CPT-Bericht dokumentiert – soweit dies aus oben genannten Gründen möglich – die erschreckende Situation in der Republik Tschetschenien.⁷⁴ In Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation und der tschetschenischen Regierung sollte der Europarat einen unabhängigen Untersuchungsausschuss einrichten, um Vorwürfen bezüglich Menschenrechtsverletzungen gegenüber allen Akteuren nachzugehen. Zudem sollte die Russische Föderation als Mitgliedsstaat des Europarates an der Ausgestaltung und Durchführung der Untersuchung federführend beteiligt werden.

Um die Spirale der Gewalt wirksam zu durchbrechen ist die Verwirklichung eines Bündels von Lösungsansätzen notwendig. Nachfolgend werden einige Konfliktlösungsmöglichkeiten exemplarisch dargestellt.

2.2 Lebensgrundlage der Bevölkerung sichern

Bedingt durch den langjährigen Konflikt gibt es keine organisierte tschetschenische Öffentlichkeit mit gemeinsamem zivilgesellschaftlichen Diskurs. Ein großer Teil der Menschen in Tschetschenien lebt in Angst und Schrecken. Viele Tschetschenen sind traumatisiert durch schmerzliche Kampferfahrungen und durch den Verlust von Verwandten und Freunden.

Um den Menschen in Tschetschenien ein zivilgesellschaftliches Engagement zu ermöglichen, ist eine freie Meinungsäußerung und darüber hinaus die Sicherung der materiellen Lebensgrundlage notwendig. Der Aufbau einer tschetschenischen Zivilgesellschaft ist erst dann möglich, wenn die derzeit dominierenden Sorgen um die Grundbedürfnisse von Sicherheit und Wohlergehen abgebaut sind. Zur Sicherung der materiellen Existenz der Tschetschenen ist eine Fortsetzung der entwicklungspolitischen

⁷⁴ Europäisch Technische Gesellschaft 2007.

Programme von EU und UN notwendig. Als Schwerpunktsetzung der Entwicklungsprogramme empfiehlt sich die finanzielle Unterstützung von Bildungsprogrammen und Maßnahmen zum Wiederaufbau der Infrastruktur über die Hauptstadt Grosny hinaus. Aus der deutschen und der europäischen Zivilgesellschaft heraus könnten z.B. Klinikpartnerschaften forciert werden, um bei der Behandlung von Minenopfern zu helfen. Soweit die Verwendung erhaltener Gelder dokumentiert wird, ist eine gezielte Wirtschaftsförderung, beispielsweise langfristig auf dem Gebiet des Tourismus denkbar. Die reizvollen Landschaften des Kaukasus sind prädestiniert für den Tourismus. Dies erfordert allerdings die vorherige Gewährleistung von innerer Sicherheit. Die Russische Föderation trägt ebenso dafür Verantwortung, die strukturschwache Republik Tschetschenien durch Hilfeleistungen zu unterstützen. Ein florierender Tourismus im Kaukasus kann nicht nur zur wirtschaftlichen Prosperität beitragen, er kann auch dazu verhelfen, die Menschen dort und ihre Kulturen international bekannt zu machen und damit der Völkerverständigung dienen. Tourismus kann aber auch Garant für Sicherheit sein, da dies zwingende Voraussetzung ist um Gäste anzuziehen.

2.3 Demokratische Strukturen aufbauen – Beitritt zum IGHSt

Als vertrauensbildende Maßnahme für die internationale Staatengemeinschaft sollte die Regierung Ramsan Kadyrovs Wahlen in Tschetschenien unter internationaler Aufsicht ermöglichen. Gestärkt durch die demokratische Legitimation wäre die neue Vertretung der tschetschenischen Bevölkerung ein wichtiger Ansprechpartner sowohl für die Russische Föderation als auch für die internationalen Akteure. Die Errichtung und Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols ist die oberste Pflicht jeder Regierung sowie die Gewährleistung der strafrechtlichen Verfolgung von Verbrechen. Mittelfristig wäre der Kampf gegen die Korruption per Gesetzgebung gegen den Weiterverkauf konventioneller Waffen aufzunehmen. Nur durch eine durchsetzungsfähige Staatsgewalt, die in der Lage ist Verbrechen zu ahnden, kann die Bevölkerung das Vertrauen in staatliche Gewalten gewinnen. Kurzfristig sollte die Regierung Kadyrov die oben genannte Einrichtung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Menschenrechtsverletzungen unterstützen.

Schließlich sollte sich die Russische Föderation der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshof (IGHSt) unter-

werfen. So können Menschenrechtsverletzungen von allen Seiten durch eine objektive Stelle aufgearbeitet und abgeurteilt werden.

2.4 Russische Souveränität respektieren – Transparenz fordern

Die Russische Föderation betrachtet den Tschetschenien-Konflikt als Angelegenheit der Souveränität und der nationalen Einheit. Eine Alternative für die derzeitige russische Politik könnte eine Orientierung an erfolgreichen Konfliktlösungsstrategien wie in Kaliningrad oder Karelien sein. Hier wurden auf russischem Hoheitsgebiet mit Hilfe internationaler Abkommen friedliche Lösungen zur Vermeidung von Konflikteskalationen gefunden. Das zeigt, dass die Russische Föderation grundsätzlich dazu bereit ist, Unterstützung von internationalen Organisationen anzunehmen. Bei beiden Konflikten kam es jedoch zu keinem Zeitpunkt zu einer gewaltsamen Eskalation. Dies unterscheidet diese positiven Beispiele maßgeblich von dem Tschetschenien-konflikt. Hier ist seit Dekaden die Schwelle gewaltsamer Auseinandersetzung überschritten, der Konflikt stellt sich als endlose Gewaltspirale dar.

Als Zwischenschritt hin zu einer Annäherung an eine Konfliktlösung erscheint es notwendig entsprechend der UN-Strategie, dass die Russische Föderation ihre Informationspolitik gegenüber der internationalen Öffentlichkeit verändert. Eine abschließende Konfliktanalyse als Basis für Hilfsangebote ist nur möglich, wenn die Lage in der Konfliktregion für die internationale Staatengemeinschaft ersichtlich ist. Ein Beitrag dazu kann eine Reise des UN-Menschenrechtskommissars in die Krisenregion sein. Langfristig ist es im russischen Interesse den tschetschenischen Konflikt zu lösen. Innenpolitisch würde eine Lösung des Konfliktes Stabilität in der Region Nordkaukasus gewährleisten. Die Zurückhaltung von Informationen trägt nicht zur Lösung des Konfliktes bei. Das Leugnen der vorhandenen Probleme ersetzt nicht die Befriedung der historisch gewachsenen Konfliktpotentiale. Eine Lösung des Konfliktes könnte das Ansehen der Russischen Föderation auf internationalem Parkett massiv steigern und der Regierung würde daraus resultierend eine große Konflikt-Lösungs-Kompetenz (KLK) zugeschrieben. Im Rahmen einer internationalen Organisation könnte ein Gipfeltreffen zum Thema Menschenrechte durch den Gastgeber Russische Föderation ausgerichtet werden.

2.5 Gesamtstrategie für den Nordkaukasus entwickeln

Die Rückführung von Flüchtlingen in ihre Heimat Tschetschenien stellt ein zusätzliches Konfliktpotential dar. In der Sache wäre der Russischen Föderation anzuraten die zwangsweise Rückführung von Flüchtlingen aus Inguschetien zu beenden, um keine zusätzliche Konfliktquelle in die Region zu tragen. Letztlich bedarf es einer Gesamtstrategie für die Region Nordkaukasus. Hier müssen auch internationale Akteure wie die Europäische Union, der Europarat oder die OSZE eine tragende Rolle übernehmen. Gerade bei der Konzeption und Umsetzung einer Stabilisierung der Gesamregion Nordkaukasus – unter Einbeziehung der russischen Teilrepublik Tschetschenien – stellt sich das Problem der Einmischung in innerrussische Angelegenheiten nicht zwingend.

2.6 Feindbilder abbauen

Insbesondere die russische Gesellschaft ist „infiziert“ von Feindbildern, wonach Tschetschenen „kaukasische Räuber“ seien. Diese Vorurteile sind historisch gewachsen und seit Anfang des 20. Jahrhunderts in der russischen Bevölkerung verbreitet. Gegenseitiges Verständnis,

Empathie und Respekt vor der anderen Konfliktpartei sind Grundvoraussetzung für eine gemeinsame Lösung und Verhandlungen auf Augenhöhe. Gerade zur Ermöglichung von zivilgesellschaftlichem Engagement bedarf es einer Beseitigung von ungerechtfertigten Ängsten. Sowohl in den öffentlichen russischen Schulen als auch durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kann hier Aufklärungsarbeit geleistet werden. Diese Bildungsarbeit sollte vor allem bei jüngeren Menschen in der Russischen Föderation und in Tschetschenien organisiert werden, da hier die größte Bereitschaft besteht. Austauschprogramme zwischen russischen und tschetschenischen Jugendlichen – eventuell unterstützt und thematisch begleitet durch internationale Akteure – würden hierbei sicher helfen durch konkrete Erfahrungen historisch tradierte Vorbehalte zu mindern.

2.7 Zivilgesellschaftliches Engagement

Wie oben dargestellt, ist die tschetschenische Zivilgesellschaft paralysiert, wodurch sich aus ihr noch keine organisierten Initiativen entwickeln können. Zivilgesellschaftliches Engagement muss jedoch perspektivisch ein Baustein auf dem Weg zur Lösung eines massiv gewaltsam eskalierten Konfliktes wie dem

in Tschetschenien sein. Der Dialog mit und die Aufmerksamkeit für die tschetschenische Bevölkerung ist unerlässlich, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen. Hierzu können aus der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft Impulse gesetzt werden. Um den Konflikt in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken ist es denkbar, dass in überregionalen deutschen Zeitungen „Briefe gegen das Vergessen“ abgedruckt werden. Dadurch kann insbesondere der Druck auf deutsche und europäische Politiker erhöht werden, sich für eine Konfliktlösung zu engagieren. Auch zwischen Deutschland und Tschetschenien sind Austauschprogramme für alle Altersgruppen denkbar. Von der Bundesregierung finanziell bezuschusst und von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt, wie z.B. durch nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen oder durch Organisationen der deutschen Friedensbewegung, könnten Einladungen an Tschetschenen erfolgen. Dieses Programm unter dem Titel „Ferien in der Demokratie“ verfolgt verschiedene Ziele: Zum ersten soll es den traumatisierten Menschen eine Zeit der Erholung ermöglichen, zweitens kann ihnen während des Aufenthalts medizinische Hilfe geleistet werden und drittens kann diesen Menschen die Praxis eines demokratischen Staatssystems und deren

Konfliktlösungsstrategien veranschaulicht werden. Durch die daraus entstehende Freundschaften und Korrespondenzen wird es auch möglich, einen direkten Eindruck von der Lage in Tschetschenien zu erhalten.

Innerhalb der Region Tschetschenien ist es denkbar, dass – insbesondere durch NGOs – sportliche und kulturelle Gemeinschaftsfeste zur Förderung einer toleranten und friedlichen Kultur organisiert werden. Hier bietet sich ein Engagement von internationalen NGOs an.

Sinnvoll wäre es, tschetschenische Nicht-Regierungs-Organisationen durch deutsche Vereine und andere Gruppen finanziell zu fördern.

Um die Emanzipation von Frauen gezielt zu unterstützen, sind Frauengesprächsguppen mit internationaler Beteiligung vorstellbar. In diesem Rahmen sind Mentor_innen-programme wünschenswert, die auch zwischen Frauen aus urbanen und ländlichen Regionen innerhalb Tschetscheniens organisiert werden könnten. Speziell für Frauen sollten eigenständige Bildungsprogramme eingerichtet werden, um die Alphabetisierung zu fördern.

Fazit

Der Tschetschenien-Konflikt darf keinesfalls auf einen Sezessionskrieg reduziert werden. Vielmehr ist er die Fortsetzung eines historisch nie gelösten Konfliktes innerhalb der Kaukasus-Region. Nach dem offenen Ausbruch als Separationskonflikt im ersten Tschetschenienkrieg hat sich die Auseinandersetzung heute zu einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt mit einer Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Interessen und Zielen gewandelt. Bisher ist die Lage der Menschen in Tschetschenien für Außenstehende wenig transparent: Bedingt durch eine restriktive Informationspolitik sind der internationalen Öffentlichkeit weder Opferzahlen noch die soziale Lage in Tschetschenien gesichert bekannt.

Für das tschetschenische Volk ist dieser Konflikt eine humanitäre Katastrophe, er kostete zahlreiche Menschenleben, zerstörte die Städte sowie die Infrastruktur. Die Gesellschaft ist verroht und Gewalt ist an der Tagesordnung. Das belegen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die vor allem von nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert werden. Ebenso forderten die Auseinandersetzungen Opfer unter der ethnisch russischen Bevölkerung, da die tschetschenischen Separatisten den Krieg mit zahlreichen Terroranschlägen in das

russische Kernland hineingetragen haben.

Eine einfache Konfliktlösung gibt es nicht. Deshalb sind mehrere Schritte zu einer Befriedung notwendig. Die Lösungsansätze für den Tschetschenienkonflikt müssen die Bedürfnisse aller Konfliktparteien berücksichtigen. Als erster Schritt aus der Gewaltspirale in Tschetschenien ist die Einstellung gewaltsamer Auseinandersetzungen zu erreichen. Die tschetschenische und die russische Bevölkerung haben das legitime Bedürfnis nach Gewaltfreiheit.

Die Russische Föderation deklariert den Konflikt als innerstaatliche Angelegenheit. Dies zu akzeptieren und gleichzeitig eine transparentere Darstellung der Lage in der Krisenregion zu fordern ist der richtige Weg, um gemeinsam mit der Russischen Föderation die Gewaltspirale zu durchbrechen.

Nicht tragbar ist die Menschenrechtslage in der Republik Tschetschenien, weshalb die Einrichtung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses unter maßgeblicher Beteiligung der Russischen Föderation notwendig ist.

Andere Staaten und internationale Organisationen können durch eine Strategie des „Förderns und Forderns“ in den Konflikt eingreifen. Bei der Konzeption und Durchsetzung einer Gesamtstrategie für die Region Nordkaukasus muss die

Souveränität der Russischen Föderation respektiert werden. Die Republik Tschetschenien selbst kann durch die Fortsetzung der Entwicklungsprogramme von EU und UN mit einem Schwerpunkt auf Bildung und Infrastruktur unterstützt werden.

Die aktuelle tschetschenische Regierung unter Ramsan Kadyrov muss sich das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft verdienen. Langfristig ist eine Demokratisierung Tschetscheniens notwendig. Kurzfristig bedarf es der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und Herstellung rechtsstaatlicher Zustände.

Zivilgesellschaftliche Unterstützung ist ein notwendiger Bestandteil auf dem schrittweisen Weg zu einer Konfliktlösung. Auf dem Gebiet der sozialen Einrichtungen, der Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung ist in erster Linie finanzielle Hilfe zu leisten. Gleichzeitig sollten im kulturellen Bereich durch Sportveranstaltungen und Austauschprogramme Brücken geschlagen werden.

Selbst wenn der Weg hin zu einer Konfliktlösung in Tschetschenien mühsam und langwierig ist, darf Tschetschenien nicht weiter ein vergessener Konflikt bleiben. Die alarmierende Lage der Zivilbevölkerung und die zahlreichen Berichte von Menschenrechtsverletzungen mahnen zum Handeln. Eine Verantwor-

tung trifft dabei neben den unmittelbaren Konfliktparteien auch internationale Organisationen und die Zivilgesellschaft.

Literatur

Adomeit, Hannes (2004): Deutsche Russlandpolitik unter Druck in: SWP-Aktuell 56, Dezember 2004. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1821, (abgerufen am 28.08.2007)

amnesty international (2007): Länderkurzinfo Russische Föderation (01.02.2007) <http://www2.amnesty.de/C1256A380047FD78.nsf/0/5E2B124B136777AFC1257288004D7FE7?Open&Highlight=2,Tschetschenien> (abgerufen am 19.09.2007).

Auch, Eva-Maria (2006): Mythos Kaukasus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 11. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Auswärtiges Amt (2007): Russische Föderation. Innenpolitik www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformation/RussischeFöderation/Innenpolitik.html (abgerufen am 19.09.2007).

Bundeszentrale für politische Bildung (2003): Informationen zur politischen Bildung aktuell Kaukasus Region. <http://www.bpb.de/publikationen/S9Q2F4,0,KaukasusRegion.html> (abgerufen am 10.06.2007).

Council of Europe, CPT (2007): European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment CPT. Public statement concerning the Chechen Republic of the Russian Federation (13.03.2007) <http://www.cpt.coe.int/documents/rus/2007-17-inf-eng.htm> (abgerufen am 19.09.2007).

Deutscher Bundestag (2007a): Drucksache 16/4932. <http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604932.pdf> (abgerufen am 29.09.2007).

Deutscher Bundestag (2007b): Drucksache 16/6241. <http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606241.pdf> (abgerufen am 29.09.2007).

Deutsch-kaukasische Gesellschaft e.V. (2007): <http://www.d-k-g.de> (abgerufen am 18.09.2007).

Elger, Ralf Hg. (2003): Kleines Islam Lexikon. Geschichte – Alltag – Kultur. Bonn: Schriftenreihe Band 383 der Bundeszentrale für politische Bildung.

Energy Information Administration (2007): Caspian Sea Region: Regional Conflicts (July 2002) <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/caspconf.html> (abgerufen am 03.10.2007).

Europäisch Technische Gesellschaft (2007): Drittes öffentliches Statement des CPT betreffen Tschetschenien. http://www.eu-tg.org/de/story.asp?story_id=138 (abgerufen am 25.10.2007).

Fischer, Joschka (2002): „Kein Anti-Terrorabbat bei Menschenrechtsverletzungen. Rede von Außenminister Fischer vor der Genfer MRK am 20. 03.2002, http://archiv.bundesregierung.de/rede/13/73213/attachment/258486_3.pdf (abgerufen am 10.09.2007)

Fischer, Sabine (2006): Die EU und Russland. Konflikte und Potentiale einer schwierigen Partnerschaft. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3500 (abgerufen am 04.09.2007)

Forschungsstelle Osteuropa (2007): Russlandanalysen 153/2007. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa. <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen153.pdf>

FR online (2007): Wahlfarce in Tschetschenien (03.03.2007) http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1086721 (abgerufen am 07.03.2007).

Franck, Peter (2007): Starker Staat. Dunkle Aussichten: Zur Menschenrechtslage in Russland. <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/d936743f7f8a0569c12572d1004788c0?OpenDocument> (abgerufen am 25.10.2007).

Gaede, Peter- Matthias (Hg.) (2006): GEO Themenlexikon. Unsere Erde - Länder, Völker, Kulturen. Band 3. Mannheim.

Gannushkina, Svetlana A.(2007): On the Situation of Residents of Chechnya in the Russian Federation. August 2006-Oktober 2007. MEMORIAL Human Rights Center. Migration Rights Network. <http://www.memo.ru/eng/news/index.htm> (abgerufen am 06.05.2008)

Götz, Roland (2006): Deutschland und Russland – „strategische Partner“? http://www.bpb.de/publikationen/SHTKL5,0,0,Deutschland_und_Russland_strategische_Partner.html (abgerufen am: 09.06.2007).

Halbach, Uwe (2005): Kaukasus in neuem Licht. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2576 (abgerufen am 05.09.2007).

Halbach, Uwe (2004): Gewalt in Tschetschenien. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=977 (abgerufen am 12.08.2007).

Hille, Stephan (2005): Das Plansoll der Normalisierung ist erfüllt. Tschetschenien nach der Parlamentswahl – Formal ist das Land befriedet, In: Das Parlament Nr. 49-50 / 05.12.2005. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

IFK (2004): http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/0403ifkaktuell.pdf (abgerufen am 15.09.2007)

Jeska, Andrea (2005): Schwarze Witwen-Verheizt und manipuliert (25.02.2005), In: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20050211> (abgerufen am 20.06.2008)

Memorial Human Rights Center (2007): The Situation in the North Caucasus: November 2006 – May 2007: Apotheosis of the “Chechenisation” <http://www.memo.ru/eng/news/2007/05/1605071.html> (abgerufen am 19.09.2007).

Ministry of the Interior of Russia (2007): The Normalization Process in the Chechen Republic is irreversible- Interview of Colonel General Arkadly Yedelev, Deputy Minister of MOI <http://eng.mvdrf.rz/index.php?docid=432> (abgerufen am 17.09.2007).

Nolte, Hans-Heinrich (2003): Kleine Geschichte Russlands. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Novosti, Ria (2007)a: "Wremja Nowostej": Tschetscheniens Parlament erklärte der Ölfirma Rosneft den Krieg (21.03.2006) <http://de.rian.ru/russia/20060321/44607871.html> (abgerufen am 20.06.2008)

Novosti, Ria (2007)b: Tschetschenien: Kadyrovs neue Nationalpolitik sieht Rückkehr von Russischsprachigen vor (11.04.2007) <http://de.rian.ru/russia/20070411/63496961.html> (abgerufen am 11.05.2007).

Novosti, Ria 2008a. <http://www.de.rian.ru/analysis/20080506/106731971.html> (abgerufen am 06.05.2008)

Novosti, Ria 2008b, <http://www.de.rian.ru/society/20080505/106576350.html> (abgerufen am 05.05.2008)

OCHA (2007): United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA): Inter-Agency Transitional Workplan for the North Caucasus 2007 [http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2006.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/KHII-6WEA98-Full_Report.pdf/\\$File/Full_Report.pdf](http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2006.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/KHII-6WEA98-Full_Report.pdf/$File/Full_Report.pdf) (abgerufen am 03.11.2007).

Reinke, Sarah (2005): Schleichender Völkermord in Tschetschenien. <http://www.gfbv.de/report.php?id=15&stayInsideTree=1> (abgerufen am 25.10.2007).

Rupprecht, Johanna (2003): Frieden durch Menschenrechtsschutz. Strategien der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Menschenrechte weltweit Baden-Baden : Nomos

Schrepfer-Proskourjakov, Alexander (2004): Russlands Krieg in Tschetschenien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2004, S. 975-983.

Swiss Peace (2007): FAST-Update April to May 2007- Russia, Chechnya, Trends in Conflict and Cooperation <http://www.swisspeace.ch/typo3/en/peace-conflict-research/early-warning/index.html> (abgerufen am 19.09.2007).

Tagesschau.de (2007): tagesschau.de Interview- „Es gibt eine ideologische Verbindung zur Al Kaida“ <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung224030.html> (abgerufen am 5.10.2007).

Trenin, Dmitri / Aleksej Malaschenko (2004): Russia's Restless Frontier. The Chechnya factor in post-Soviet Russia. Washington: Carnegie Endowment for International Peace.

Union of the Committees of the Soldiers' Mothers of Russia (2007): Human rights activities of the Union of the Committees of Soldiers Mothers of Russia and their perspectives <http://www.ucsmr.ru/english/ucsmr/hra.html> (abgerufen am 19.09.2007).

Urdze, Sigita: Russlands Tschetschenienkriege und Europa: Versagen und Bewährung von Europarat, EU und OSZE als internationalen Akteuren. Tönning ; Lübeck ; Marburg : Der Andere Verl. 2004

de Waal, Thomas (2003): Zwei Jahrhunderte Konflikt. Eine Einführung. In: Florian Has-
sel (Hg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt/Main: Suhr-
kamp, S. 14-30.

Wagensohn, Tanja (2000): Krieg in Tschetschenien. München: Hanns Seidel Stiftung.

Zürcher, Christop (1997): Krieg und Frieden in Tschetschenien. Ursachen, Symbole, Inte-
ressen. http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/downloads/working_papers/AP02.pdf (abge-
rufen am 10.09.2007)

This document was created with Win2PDF available at <http://www.win2pdf.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.
This page will not be added after purchasing Win2PDF.